



Damen und Herren  
der Presse

Saarbrücken, 30.09.2023

## **Landkreistag Saarland:**

**Der Landkreistag Saarland begrüßt die Entscheidung des Bundesarbeitsministeriums, die Betreuung von Menschen unter 25 Jahren bei den Jobcentern zu belassen**

**Forderung an den Bund, von Kürzungen in anderen kommunal-relevanten Bereichen abzusehen**

Der Vorsitzende des Landkreistages Saarland, Landrat Udo Recktenwald, und sein Stellvertreter, Landrat Patrik Lauer, begrüßen die Ankündigung des Bundesarbeitsministeriums, von einem Zuständigkeitswechsel bei der Betreuung von jungen Menschen unter 25 Jahren von den Jobcentern zu den Arbeitsagenturen abzusehen.

Nach den ursprünglichen Plänen des Bundes sollten Jugendliche und junge Erwachsene, die sich im Bürgergeldbezug befinden, aus den etablierten und effizienten Unterstützungsstrukturen der Jobcenter herausgerissen werden, um im Bundeshaushalt Einsparungen von bis zu 900 Mio. € zu erzielen.

„Unser gemeinsamer kommunaler Widerstand war erfolgreich, wir sind erleichtert darüber, dass der Bund gerade noch rechtzeitig vor Beginn der Beratungen über den Bundeshaushalt von seinen nicht nachvollziehbaren Plänen Abstand genommen hat“, führte der Vorsitzende des Landkreistages Saarland wörtlich aus.

Das Thema habe nicht nur auf Ebene der kommunalen Spitzenverbände für Aufruhr gesorgt, sondern auch die kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger

bewegt. „Der Kreistag meines Landkreises hatte sich intensiv mit der in Rede stehenden Thematik befasst und sich Anfang dieser Woche in einer Resolution einstimmig gegen die ursprüngliche Planung des Bundes ausgesprochen“, ergänzte der St. Wendeler Landrat Udo Recktenwald.

Ein rein fiskalisch begründeter Spurwechsel zulasten der jungen Menschen sei nicht hinnehmbar gewesen. Jetzt bestehe die begründete Hoffnung, dass die jungen Menschen in hoher Kontaktdichte weiterhin vor Ort betreut werden könnten.

„Unser gemeinsames Ziel ist es, jungen Menschen, die sich im Bürgergeldbezug befinden, eine Perspektive auf dem regulären Arbeitsmarkt und damit die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben außerhalb des Bezugs von Sozialleistungen zu eröffnen. Unsere Jobcenter verfügen über etablierte und geeignete Unterstützungsinstrumente“, ergänzte der stellvertretende Vorsitzende des Landkreistages Saarland, Landrat Patrik Lauer.

Positiv bewerteten die beiden Landräte auch den Umstand, dass nun für die Beschäftigten der Jobcenter wieder Planungssicherheit bestehe und aufwendige und im Einzelfall oftmals auch belastende Personalübergänge von den Jobcentern zur Bundesagentur für Arbeit vermieden werden könnten.

Abschließend forderten die Spitzen des Landkreistages Saarland den Bund auf, von Kürzungen in anderen Bereichen Abstand zu nehmen. So seien insbesondere die vorgesehenen Kürzungen beim FSJ und den GAK-Mitteln (Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz) für die Landkreise nicht hinnehmbar. Eine nachhaltige Regionalentwicklung, die einen entscheidenden Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in ländlichen und in Verdichtungsräumen gewährleisten kann, werde durch die geplanten Mittelkürzungen des Bundes stark gehemmt.

Ansprechpartner:

Kai Hartz, stellvertretender Geschäftsführer,  
Telefon 0681/95094518 oder 0151/42440639